

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.00 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 - **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206 - **Verlag in Leipzig,**
Lauchaer Straße 19/21 - Telephon 72206

Insertenpreise: Die Wochenblatt-Kolonelzeile 35 Pf., bei Platzvordr. 40 Pf., Stellenangebote 10 Geis. Kolonelzeile 25 Pf., Familiennachrichten von Privatent die 10 Geis. Kolonelzeile mit 50% Nachsch. Neklamezeile 2 Pf., Inserate v. ausw.: die 10 Geis. Kolonelzeile 40 Pf., bei Platzvordr. 50 Pf., Neklamezeile 2.25 Pf.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigbüchsen und alle Postämter entgegen

Das eben ist des Pudels Kern

Herr Professor Hoehsch: Der Kaufpreis Mussolinis ist Südtirol

Das Arbeitszimmer Nr. 40

Herr von Reubell hat sich gestern den Leipziger Wählern den noch vorgelegt. Die Beschuldigung, am Westenseiertag vor den Bewohnern Leipzigs geküßt zu sein, hat ihn, den Marschall von Jädeid, nicht schlafen lassen. Nun redete er in der Bleichstadt ein langes Referat, und er hat das Kunststück noch immer fertiggebracht, mit vielen Worten nichts zu sagen. Ueber die Vorgänge in seinem Arbeitszimmer hat er nichts berichtet. Das blieb dem Professor Hoehsch, dem Kennersohn aus Leipzig, vorbehalten.

Der außenpolitische Fachmann der Deutschnationalen stellte vor den Leipziger Wählern gestern fest, daß das Arbeitszimmer Nr. 40 nur ein „kleines belangloses Zimmer sei“, das im höchsten Stod des Wallotbaus gelegen, nur „auschilfweise in Anspruch genommen werde. Merkwürdig, daß gerade dort der Mann domiziliert, der von der deutschnationalen Parteileitung auserselien worden war, mit dem Vertreter Mussolinis, dem Major Renzetti, zu verhandeln.

Herr Professor Hoehsch hat vor seinen Wählern am gestrigen Tage festgestellt, daß er, trotz der Helfersdienste für Dr. Strejmann in Genf und trotz seiner Besuche bei dem verhassten Poincaré in Paris, durchaus der Auffassung sei, daß die Deutschnationalen mit Mussolini zusammenschließen könnten.

Die Frage aber, ob die Deutschnationalen bereit sein würden, für das Bündnis mit Mussolini die Südtiroler preiszugeben, beantwortet er mit einem glatten Nein.

Herr Professor Hoehsch, warum sind Sie mit keinem Worte auf die Verhandlungen im Café Schottenhaml eingegangen? Zur Stärkung ihres Gedächtnisses haben wir nunmehr das genaue Datum des Verhandlungstages festgestellt. Warum haben Sie vom Reichsinnenminister nicht weitere Auskunft verlangt? Warum wandten Sie sich nicht an den Grafen Westarp, ihren allmächtigen deutschnationalen Herrn und Gebieter? Graf Westarp ist eingehend informiert, was im Café Schottenhaml verhandelt wurde, und er weiß sehr gut Bescheid, welche Versprechungen dort, von dem Bewohner des Reichstagsarbeitszimmers Nr. 40, dem Major Renzetti gemacht worden sind. Dank der völligen Unachtsamkeit der Unterhändler in der verschwiegenen Ecke der Bar im Café Schottenhaml sind gerade die Aeußerungen der beiden deutschnationalen Unterhändler mündlich festgehalten worden, und der Bewohner des Reichstagsarbeitszimmers Nr. 40 hat unmittelbar nach der Zusammenkunft im Café Schottenhaml in der Bernburger Straße Nr. 42, wie wir feststellen vermochten, Bericht erstattet.

Herr Professor Hoehsch, wissen Sie, wer in der Bernburger Straße Nr. 24 seine Hauptgeschäftsstelle hat? Es ist die Deutschnationale Volkspartei und eine der leitenden Personen der Hauptgeschäftsstelle ist gleichzeitig auch der Bewohner des Reichstagsarbeitszimmers Nr. 40.

Also heraus mit der Sprache, Herr Professor Hoehsch! Es nützt Ihnen nichts, wenn Sie als Fachmann der Deutschnationalen, so in Rogwein, die außenpolitischen Fragen nur im Nebenher mit zu behandeln suchen. Sie erklären, Herr Professor Hoehsch, daß die Deutschnationalen die Südtiroler keineswegs preisgeben wollen. Wir verwiesen bereits auf die Mussolinirede vom 3. März. Am 5. März wurde mit Renzetti im Café Schottenhaml konspiriert. Die Rede Mussolinis wurde am 4. März im Organ des Grafen Westarp, der Kreuzzeitung, mit folgendem Stichwort überschrieben: „Südtirol wird weiter italienisiert“. Das war die Erkenntnis der deutschnationalen Kreuzzeitung noch am 4. März. Dann folgte noch einmal ein Vortritt am 6. März und vom folgenden Tage an ist die gesamte deutschnationale Presse im Kampfe um die Südtiroler, um die „nationalen“ Interessen der soviel gefeierten Bewohner der Stadt Walters von der Vogelweide, von Boyen und Meran vollkommen umgeschwenkt. Nur unter Verzicht auf die „nationalen“ Interessen der Deutschsprachigen in Südtirol ist Mussolini bereit, den Westarpiden seine Hilfe zu gewähren.

Herr Professor Hoehsch, Sie sind eine Kapazität auf dem Gebiete der Außenpolitik. Sie haben in Paris mit Briand und Poincaré zusammengelassen. Ihr Spezialgebiet ist zwar die Ostpolitik, aber schämen Sie die Studienräte und dergleichen, die auf der deutschnationalen Wählerliste das „Volk“ repräsentieren, so geistig minderwertig ein, daß Sie zu erzählen wagen, durch eine Verständigung mit Italien könne Deutschland die Brennergrenze erhalten. Ist Ihnen so völlig unbekannt, daß die Verhandlungen zwischen Mussolini und den Deutschnationalen durch den französisch-italienischen Konflikt maßgeblich beeinflusst worden sind, und glauben Sie, daß durch eine Verständigung mit Italien Mussolini dem Zusammenschluß Deutschlands mit Italien zustimmen würde? Aber selbst, wenn er dafür zu gewinnen wäre, würde ohne die Zustimmung Frankreichs ein Anschluß Österreichs an Deutschland nicht möglich sein.

Das wissen Sie, Herr Professor Hoehsch, ebenso gut wie wir. Warum dann aber diese faulen Ausflüchte, um das zu verschleiern, was Ihr Herr und Meister, Herr Dr. Strejmann, in Köln indirekt als „Landesverrat“ bezeichnet hat!

Wir stellen also fest: Die Deutschnationalen sind bereit, trotz ihrer Firma - „völkisch und national“ - die Südtiroler Deutschen preiszugeben. Sie versuchen sich einzureihen in die Krone des faschistischen Italien, desselben Mussolini, der am 3. März noch drohte, nunmehr die „Tatsachen“ sprechen zu lassen. Diese „landesverräterische“ Politik führt geraden Weges zu neuen Kriegen. Das freilich ist das Ziel der Deutschnationalen. Das ist ihre nationale Wahlspekulation. Und wer bringt es fertig, im Angesicht der Erfahrungen von 1914 bis 1918 den Deutschnationalen Helfersdienste zu gewähren?

Wer deutschnational stimmt, stimmt für den kommenden Krieg!

Der erste Streich

Zum fünfzigsten Jahrestag des Sozialistengesetzes

Von Hermann Wendel.

Am 11. Mai 1878, einem Sonnabend, sah Bismarck in Friedrichruh. Auch in der Stille dieses Landstüches rumorierte politische Gedanken hinter seiner Stirn, und was sie immer wieder beschattete, war die Sorge um die Sozialdemokratie. Dachte er dieser Bewegung des aufsteigenden „vierten Standes“, knirschte er wohl wie Schillers Franz Moor vor sich hin: „Meine Augenbrauen sollen über euch herhangen wie Gewitterwolken... Ich will euch die zädisgen Sporen ins Fleisch hauen und die scharfe Geißel versuchen“. Also unheimlich war das im Wachen, was als harmlose Seite erschienen war, damals, als Bismarck mit dem Gründer der Partei, mit Lassalle, nicht unverfängliche Blaudeckungen gehalten hatte. Ramentlich seit drei Jahren, seit der Einigung der beiden Flügel, der Lassalleaner und der Eisenacher, ging es unwiderstehlich voran. Bei den letzten Reichstagswahlen von 1877 war die Sozialdemokratie, der von 5,4 Millionen Stimmen fast eine halbe Million zufiel, als vierstärkste Partei aufgetreten, ihr Blatt, die Berliner Freie Presse, zählte 14 000 Bezueher, zu dem neugegründeten Arbeiterbildungsinstitut drängten sich die Hörer, und als Berlins Arbeiter unlängst einen ihrer Führer, August Heinsich, zu Grabe geleiteten, hatte ein bürgerliches Blatt ganz entseht ausgerufen: „Wer spricht von Arbeiterbataillonen angesichts dieses Aufgebots? Das sind Regimenter, Brigaden, Divisionen, ja mehr, das sind ganze Armeekorps“. Wirklich, der „eiserne Kanzler“ mußte sich gestehen, daß alle Verfolgungen durch Polizei und Justiz, daß die ganze Lessendorferlei die verhasste Partei nur stärker machte. Eines großen Schlags bedurfte es, um mit ihr fertig zu werden. Aber woher den Anlaß nehmen, das Volk zu wirren, den Reichstag zu tirren?

Da ward ihm ein Telegramm überreicht: nachmittags 3 1/2 Uhr hatte ein Klemperergeselle namens Hödel Unter den Linden drei Schüsse aus einem Revolver abgefeuert, als Wilhelm I. gerade in offener Kalesche vorüberfuhr. Das war der Anlaß, den Bismarck brauchte! Sofort jagte er eine Depesche nach Berlin: Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie! Die Forderung entsprach ganz dem inneren Wesen des Mannes, der, in der äußeren Politik ein vorsichtiger Meister seiner diplomatischen Schachzüge, in der inneren Politik die Gewalt als das A und O jeder Staatskunst ansah. Immer noch steckte der „rote Reaktionär“ von 1848 in ihm, der, die Bauern mit Hugenablen aufbietend, gegen das Berlin der Märzerrungenschaften eine „pommerische Wendee“ hatte aufwerfen wollen. So hatte er in den sechziger Jahren während des Verfassungskonflikts, fröhlich auf Paragraphen pfelend, die preussischen Fortschrittler gebändigt; so hatte er danach gegen Zentrum und katholische Kirche den Kulturkampf vom Zaun gebrochen; so dachte er jetzt, ohne jedes Verständnis für diese große historische Bewegung, dem Sozialismus den Hals umzudrehen.

Den Kaiser brauchte er nicht erst für seine Pläne zu gewinnen, denn Wilhelm I. war nicht der harmlose Greis, zu dem ihn seine achtzig Jahre verpflichteten. Vielmehr brach der „Kartätschenprinz“ von 1849 bei ihm durch, da er sich mit zunehmendem Alter immer tiefer in seine vormärzlichen Gottesgnadenbegriffe verbohrt und mehrfach aus eigenem scharfes Vorgehen gegen „die Roten“ verlangte. Aber sonst hatte Bismarck mit allerhand Schwierigkeiten zu rechnen, zumal der Anlaß für ein Ausnahmegesetz allzuehr an den Haaren herbeigezerrt war. Von vornherein blieb es zweifelhaft, ob Hödel den Kaiser treffen wollte, zweifelhafter, ob er mit seinem krummen Schießeisen überhaupt treffen konnte. Außer jedem Zweifel aber stand, daß er der Sozialdemokratie nicht an die Rockhöhe zu hängen war. Zwar fand man bei seiner Verhaftung eine Mitgliedskarte der Partei bei ihm, aber es erwies sich, daß er wegen lumpenhafter Gesinnung aus der Organisation ausgeschlossen worden war, daß er sich mit „Enthüllungen“ über die Sozialdemokratie, auch an die Nationalliberalen in Leipzig herangemacht hatte und zuletzt für die Christlich-sozialen des Hospredigers Stöcker Flugblattverteiler gewesen war; auch eine Mitgliedskarte dieser Partei trug er bei seiner Festnahme in der Tasche. Eine politische Idee jedoch, sei sie auch noch so verflochten, bewog diesen verkommnen Burschen weit weniger als persönliche Eitelkeit, mit seiner Anallerei ein Spektakelstück aufzuführen, soweit überhaupt für die logische Folge von Ursache und Wirkung in seinem von Syphilis zerfressenen Hirn Raum war. Sein ganzes halb blödes, halb freches Benehmen während der Untersuchung, in der Verhandlung und bis an die Stufen des Schafoßs machte den Schluß unabweisbar, daß der „Attentäter Seiner Majestät“, wie er sich selbst nannte, längst jenseits der Grenzen der Zurechnungsfähigkeit hintaumelte. Diese Vermutung sprach sofort nach dem Vorfalle ein Extrablatt der Berliner Freien Presse aus, das im übrigen sagte:

„Wir verurteilen den Mord aufs strengste, mag dieser in was immer für einer Gestalt auftreten, und deshalb verurteilen wir

Nationale Wahlspekulation



„Viel ist ja nicht mehr an ihm dran, aber er hat noch eine Stimme, die kann er für den nächsten Krieg abgeben...“